

28. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung
1.-3. Juni 2012, Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang

Arbeitskreis 3

Rohstoffabbau und -export: Widersprüche, Interessen und Alternativen

Koordination: Dario Azzellini, Karin Fischer und Stefan Pimmer,
Institut für Soziologie, Abteilung Politik- und Entwicklungsforschung, JKU Linz

Unter dem Schlagwort „Extraktivismus“ oder „Neo-Extraktivismus“ hat sich vor allem in den vergangenen zwei Jahren eine Debatte über die Ausbeutung und den Export von Rohstoffen aus Lateinamerika entwickelt. Kritisiert wird insbesondere in Bezug auf die „progressiven“ Regierungen (Bolivien, Ecuador, Venezuela), aber auch in Hinblick auf Brasilien und Argentinien, dass mit der Rohstoffexportorientierung ein Entwicklungsmodell fortgeschrieben würde, das von weltwirtschaftlichen Dynamiken abhängig bleibt, der Binnenwirtschaft zu wenig Aufmerksamkeit schenkt und gravierende ökologische Zerstörungen bewirkt. Andererseits ist das Rohstoffgeschäft wichtig, um Sozial- und Verteilungspolitiken zu finanzieren. Ohne eine staatlich dominierte Aneignung der Rohstoffrenten könnten z.B. Venezuela oder Bolivien die an die Regierungen gestellten sozialen Erwartungen nicht erfüllen.

In dem Arbeitskreis geht es darum, anhand folgender Leitfragen die widersprüchlichen Verhältnisse in den verschiedenen lateinamerikanischen Staaten von Mexiko bis Chile im globalen Kontext darzulegen:

- Wie sehen die von den Regierungen verlautbarten Ansätze und Politiken bezüglich Rohstoffe, Entwicklung und Alternativen aus?
- Welche innergesellschaftlichen und transnationalen gesellschaftlichen Kräfte haben ein Interesse an einer Veränderung des Entwicklungsmodells, welche stehen dagegen?
- Welche gesellschaftlichen Konflikte werden sichtbar und wie wird damit umgegangen?
- Wer profitiert vom Rohstoffabbau und -export und wie werden die Einnahmen verwendet?
- Welche Möglichkeiten und Grenzen bestehen für eine strukturelle Veränderung des herrschenden Produktionsmodells?
- Welche gesamtwirtschaftlichen Effekte, etwa in Bezug auf Industrie- oder Währungspolitik, erwachsen aus der Rohstofforientierung?
- Welche Handelsmuster und Asymmetrien bestehen auf regionaler und globaler Ebene? Welche Auswirkungen hat der „Extraktivismus“ auf regionale Integrationsbestrebungen und globale Krisendynamiken?

Programm

Teil I: Querschnitte

Der Extraktivismus in Lateinamerika – eine Einführung in die wissenschaftliche Debatte

Zeljko Crncic und Sebastian Matthes

Grundzüge der Problematik der Rohstoffförderung in Lateinamerika aus materialistischer Sicht

Dario Azzellini

Inszenierung des Neo-Extraktivismus transnationaler Bergbauunternehmen in Mexiko

Christine Esterbauer

Moderation: Stefan Pimmer

Teil II: Länderanalysen

Brasilien zwischen Agrobusiness und Agrarreform

Benjamin Daxl

Extraktivismus in Guatemala

Susana Gauster

Staatliche Ressourcenpolitik und zivilgesellschaftlicher Protest in Chile

Matthias Zitterbart

Moderation: Karin Fischer

Extraktivismus in Lateinamerika – eine Einführung in die wissenschaftliche Debatte

Zeljko Crncic und Sebastian Matthes

In vielen Ländern Lateinamerikas sind in den vergangenen Jahren hohe Wachstumsraten zu verzeichnen. Sowohl neoliberale als auch progressive Regierungen profitieren von den hohen Gewinnen, die mit Öl, Edelmetallen, Gas, Soja oder Palmölprodukten derzeit auf den Weltmärkten erzielt werden können.

Bei der Bewertung dieses Booms gehen die Meinungen jedoch stark auseinander. Seitens der Regierungen wird auf die positiven Effekte und Chancen auch und gerade für die ärmeren Bevölkerungssektoren verwiesen, die durch eine Umverteilung in Ländern wie Ecuador oder Bolivien in den Genuss von Sozialleistungen kommen. Die Kritiker dieses Trends halten v.a. mit dem Argument dagegen, dass die Umwelt und die Lebensräume vieler Menschen durch diese Praktiken geschädigt werden. Weiterhin sei durch den Extraktivismus, der die Abhängigkeit von den Weltmärkten weiter verstärke, kein Anstoß zu einer Neugestaltung der ökonomischen Ordnung der Region zu erwarten.

Der Beitrag fasst die Debatte aus Sicht lateinamerikanischer Autorinnen und Autoren zusammen. In einem zweiten Schritt werden empirische Daten präsentiert, um die vorgetragenen Thesen und Aspekte in Zahlen zu illustrieren. Beispielhaft soll dabei auf die Andenländer Ecuador und Bolivien eingegangen werden. Anhand der beiden Fälle sollen die Einwände gegen das Modell, auch im Hinblick auf die jüngsten Verfassungsreformen in den beiden Ländern und den darin formulierten Ansprüchen, überprüft werden. Weiterhin werden innergesellschaftliche Konfliktpotentiale im Zusammenhang mit dem Extraktivismus ausgelotet.

Zeljko Crncic ist wissenschaftlicher Koordinator am Promotionskolleg Global Social Policies and Governance in Kassel. Er promovierte im Fachbereich Soziologie an der Philipps-Universität Marburg, Thema der Arbeit: Die indigene Bewegung Ecuadors – Mechanismen des Framings und der Nutzung politischer Gelegenheitsstrukturen.

Sebastian Matthes ist Doktorand am Kolleg Global Social Policies and Governance in Kassel. Seine Dissertation handelt von den Grenzen der Anerkennung: Die politischen und sozio-ökonomischen Auswirkungen des (Neo-)Extraktivismus in Lateinamerika im Hinblick auf die indigenen Völker in Bolivien und Ecuador.

Kontakt: s.matthes@uni-kassel.de, crcnic@uni-kassel.de

Inszenierung des Neo-Extraktivismus transnationaler Bergbauunternehmen in Mexiko

Christine Esterbauer

Der traditionelle Extraktivismus in Mexiko, praktiziert von externen Imperial- und Wirtschaftsmächten, hatte bereits vor Jahrzehnten seine tatsächlichen Ausmaße gezeigt, welche von verheerenden Umweltfolgen, Menschenrechtsverletzungen, Korruption bis zur Zerstörung nationaler Wirtschaftsstrukturen reichten, und dessen Ursprünge bereits auf das Kolonialreich zurückgehen. Umso verwunderlicher wirkt es, dass trotz tiefgehender Kritik, sowohl aus einer eher traditionellen makroökonomischen Sicht (*resource curse*) als auch auf Seiten der Dependenztheorie und des Importsubstitutionsmodells, das Mitte des Zwanzigsten Jahrhunderts wesentlich zum wirtschaftlichen Aufstieg Mexikos beitrug, sich erneut die exzessive Rohstoffförderung als Zugpferd profitablen Wachstums privater Unternehmen durchsetzen konnte.

In der Präsentation soll genauer auf die häufig angeführten Argumentationsstrukturen eingegangen werden, welche diesen Wandel befürworten, wobei mit „Inszenierung“ auf das Bild angespielt wird, mit dem private Bergbauunternehmen ihr Vorgehen rechtfertigen. Es geht um einen angestrebten Imagewandel, der neue Diskurse schafft, die sich unter anderem in der Selbstdarstellung der Firmen, in der mexikanischen Wirtschaftspolitik und in den Positionen der Weltbank wiederfinden. Diese Standpunkte werden einer kritischen Analyse unterzogen. Es wird aber auch auf die Wahrnehmung besagter Argumentationsstrukturen seitens der ArbeiterInnen(-organisationen) eingegangen. So gilt etwa die Schaffung neuer Arbeitsplätze in wirtschaftlich schwachen Regionen als wichtiger Wachstumsimpuls, und *Corporate Social Responsibility* soll die sozialen Bedürfnisse der ArbeiterInnen abdecken. Die Unumgänglichkeit der Rohstoffförderung für das ökonomische Fortkommen der Nation erscheint als Grundkonsens aller Akteure.

Hinter diesen Positionen versteckt sich ein Paradigmenwechsel, der darauf abzielt, die Reste des Sozialstaates abzubauen und Gewerkschaften auszulöschen. Staatliche Institutionen und die Bevölkerung sollen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu privaten Akteuren gedrängt werden. Gleichzeitig handelt es sich dabei um traditionelle Machtpolitik, welche auf Ressourcenkontrolle basiert und im Falle Mexikos von den transnationalen Unternehmen in Kooperation mit der Regierung betrieben wird.

Christine Esterbauer studierte Kultur- und Sozialanthropologie und Politikwissenschaft an der Universität Wien und schloss eine Maestría en Estudios Políticos y Sociales an der UNAM ab. Derzeit ist sie Doktorandin der Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie spezialisierte sich auf gewerkschaftliche Proteste in Mexiko, im Besonderen der Berg- und Metallarbeiter, politische Bildung im Arbeitsrecht und Neue Soziale Bewegungen. Sie arbeitete zwei Jahre lang für das Centro de Reflexión y Acción Laboral in Mexico City im Bereich Bildung und Arbeitsrecht.

Kontakt: christineest@gmx.at

Grundzüge der Problematik der Rohstoffförderung in Lateinamerika aus materialistischer Sicht

Dario Azzellini

Steigende Rohstoffpreise haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass in den meisten lateinamerikanischen Ländern die Rohstoffförderung und der Rohstoffexport intensiviert wurden. In der Diskussion um die dieses Phänomen stehen sich in der Regel zwei extreme Position unvereinbar gegenüber: BefürworterInnen erklären die Ausbeutung der Rohstoffe für unverzichtbar für die Entwicklung des Landes, GegnerInnen fordern den Verzicht auf die Rohstoffförderung und halten dies für eine reine Willensfrage der Regierungen.

Im Vortrag wird im Allgemeinen auf verschiedenen Aspekte eingegangen werden, die im Rahmen einer materialistischen Analyse der Frage der Rohstoffförderung und -exporte in Betracht gezogen werden müssen. Zu diesen Aspekten gehören unter anderem die Problematik der Dialektik der abhängigen Rentenentwicklung; die Entwicklung der Terms of Trade und die daraus folgenden Verschiebungen in der Bedeutung der aus verschiedenen Sektoren resultierenden Einnahmen für die Staaten; die Frage nach den objektiven Interessen verschiedener gesellschaftlicher Sektoren im Land und international sowie nach den entsprechenden Machtverhältnissen; die Höhe der Einnahmen und ihre Verwendung sowie die sozialen Erwartungen der Bevölkerung und die gesellschaftliche Verankerung eines alternativen Konsummodells. Diese Aspekte sind zudem im Rahmen des grundsätzlichen Verhältnisses Mensch und Natur zu sehen sowie in Relation zu den globalen Machtverhältnissen. Dabei werden mehr (oftmals) unlösbare Widersprüche deutlich als einfache Lösungen.

Die Präsentation wird allgemein auf grundsätzliche Problematiken und punktuell näher auf Venezuela eingehen.

Dario Azzellini ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abt. für Politik- und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der JKU Linz. Forschungsschwerpunkte sind Prozesse sozialer Transformation, Bewegungen, partizipative und Wirtschaftsdemokratie sowie die Privatisierung militärischer Dienstleistungen. Zuletzt veröffentlichte er „Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune“ (2010, VSA), mit Immanuel Ness „Ours to Master and to Own“ (Haymarket 2011) und mit Oliver Ressler den Film „Comuna im Aufbau“ (2010).

Kontakt: dario.azzellini@jku.at

Brasilien zwischen Agrobusiness und Agrarreform

Benjamin Daxl

Obwohl Brasilien auch einen substantiellen Abbau von natürlichen Ressourcen betreibt, fokussiert dieser Vortrag auf den Anbau von agrarischen Rohstoffen. Indem Exportgüter wie beispielsweise Ethanol und Soja dem Abbau von Bodenschätzen gegenübergestellt werden, wird ein kontrastierendes Bild im Vergleich zu den Entwicklungen anderer Staaten Lateinamerikas gezeichnet. Das Agrobusiness wird als Form des Extraktivismus interpretiert. Die rasante Entwicklung des brasilianischen Agrobusiness im letzten Vierteljahrhundert bedeutet in diesem Zusammenhang lediglich die Fortschreibung eines von Weltmarktendenzen bestimmten Entwicklungsmodells: der kolonialen Plantagenökonomie.

Für die nationale Entwicklung Brasiliens war und ist die Lösung der Agrarfrage von großer Bedeutung. Dabei verfolgt die Regierung zwei unterschiedliche und widersprüchliche Ansätze: zum einen fördert sie die kapitalistische Landwirtschaft im Rahmen ihrer Bestrebungen, eine globale Energie- und Rohstoffmacht zu werden; zum anderen versucht sie durch die Umsetzung einer Agrarreform eine landwirtschaftliche Lebensgrundlage für Millionen von Menschen zu schaffen. In diesem Spannungsfeld entstehen vielfältige Konflikte: nicht nur zwischen Landlosenbewegung, Agraroligarchie und staatlichen Behörden, sondern auch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und letztlich zwischen Mensch und Umwelt.

Insbesondere die Betrachtung des öffentlichen Diskurses über die landwirtschaftliche Entwicklung und den Rohstoffexport soll Aufschluss über Möglichkeiten zur Veränderung des bestehenden Modells geben, aber auch die Grenzen bei der Überwindung einer historisch gewachsenen Wirtschafts- und Sozialstruktur aufzeigen. Als Grundlage dient dabei eine im Rahmen der Diplomarbeit im Süden bzw. Südosten Brasiliens durchgeführte Feldforschung zum Thema „Landkonflikte im Umfeld moderner Plantagenökonomien als Auswirkungen des Kolonialismus“.

Benjamin Daxl, geboren 1985 in Wattens/Tirol, studiert seit 2006 Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien und seit 2008 Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien. Von 2007 bis 2010 war er Projektmitarbeiter im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Aufenthalte in Brasilien 2005 – 2006 und 2010 – 2011.

Kontakt: benjamin.daxl@hotmail.com

Extraktivismus in Guatemala

Susana Gauster

Guatemala ist eines jener Länder, in der ein klassisch extraktives Entwicklungsmodell eine logische Weiterführung des neoliberalen darstellt: Es ist eine Form des Extraktivismus, in dem privates, oft transnationales Kapital sich die Ressourcen aneignet (Abbau von Edelmetallen, Erdöl, Wasserkraft, Land) und Reichtum abschöpft, während die Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung auf dem Spiel stehen.

Die fehlende öffentliche Beteiligung am Abbau der Rohstoffe (auf Grund niedriger Lizenzgebühren und Steuern) schaffen gemeinsam mit fehlender Information und Partizipationsmöglichkeit in den Territorien; diverser Formen von Verletzung von Landrechten; den negativen ambientalen Auswirkungen bzw. der Verletzung von Umweltrecht; der Monopolisierung lebenswichtiger Ressourcen (Wasser) und der Vertreibung kleinbäuerliche Landwirtschaft (im Falle des Agrarextraktivismus) schwere soziale Konflikte zwischen jenen, die sich den Reichtum aneignen (sowie dem guatemalteckischen Staat, der die Aktivitäten der privaten Akteure auf diverse Weise unterstützt) und jenen, die die Externalitäten zu tragen zu haben. Diese Konflikte spalten aktuell die guatemalteckische Gesellschaft. Der indigene Widerstand gegen die extraktiven Projekte hat schon mehrere Investoren zum Rückzug gezwungen, hat aber gleichzeitig eine Reihe schwerer Menschenrechtsverletzungen (und inklusive Todesopfer) auf Seiten der indigenen Bevölkerung gefordert.

Der Beitrag soll diskutieren, unter welchen Umständen die Nutzung der Rohstoffe sozial, ökonomisch und ambiental so weit verträglich gemacht werden kann, dass sie weder dem gesellschaftlichen Frieden noch der Möglichkeit der Entwicklung anderer potentiell erfolgreicher Wirtschaftssektoren (z.B. Tourismus) entgegensteht.

Susana Gauster ist Soziologin, von 1995 – 2011 in Guatemala wohnhaft. Von März 2001 bis März 2011 Forscherin und Leiterin eines multidisziplinären Forschungsinstituts für Agrarstudien und ländliche Entwicklung. Publikationen zu Landverteilung und -reformen, Handel und kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und -verteilung. Derzeit stellt sie ihre Dissertation „*Conditional Cash Transfers: Auswirkungen auf ländliche Armut am Beispiel Guatemalas*“ fertig.

Staatliche Ressourcenpolitik und zivilgesellschaftlicher Protest in Chile

Matthias Zitterbart

Chiles Wirtschaftsmodell ist in die – in vielen Ländern Lateinamerikas – dominante Entwicklungsstrategie des Extraktivismus eingebettet. Um den starken Energiebedarf für klassische extraktivistische Aktivitäten, wie z.B. dem Bergbau (Kupfer) abzudecken, wird zunehmend auf Wasserkraft gesetzt. Die staatliche Ressourcenpolitik sieht eine Verdoppelung der Elektrizitätserzeugung bis ins Jahr 2020 vor. Begünstigt durch strukturelle Veränderungen in der Verfassung und den sektoralen Gesetzen (Wasser, Elektrizität) während der Militärdiktatur Pinochets, dominieren private Konzerne den chilenischen Elektrizitätsmarkt. Ein wesentliches Merkmal dieser Dominanz ist die starke Konzentration von privaten Wassernutzungsrechten in den Händen privater transnationaler Unternehmen (v.a. ENDESA). Diese – de facto – Eigentumsrechte an Wasser werden von der staatlichen Wasserbehörde gratis und für unbestimmte Zeit vergeben und wirken in Form von Konflikten auf soziale Verhältnisse zurück. So entstehen Konflikte um die Aneignung und Nutzung von Wasser, welche zu Lasten der lokalen Bevölkerung ausgetragen werden.

Daneben kommt es zu sozio-territorialen Konflikten. Diese sind geprägt durch die ungleiche Verteilung zwischen ökologischen Kosten und ökonomischen Erträgen (*environmental justice*) im Zuge großer Umweltveränderungen (z.B. Staudämme). Seit Mitte der 1990er Jahre regt sich zunehmend Protest aus der Zivilbevölkerung, meist getragen von sozialen bzw. ökologischen Gruppierungen. Diese fordern den Ausbau erneuerbarer, nicht-konventionaler Energien, die Entprivatisierungen vormals öffentlichen Gemeinguts (wie Wasser), mehr Mitbestimmung auf lokaler Ebene und strukturelle Reformen (Verfassungsänderung).

Am Beispiel des Megastaudammprojekts Hidroaysén lassen sich die zuvor erwähnten Charakteristika sozial-ökologischer Veränderungen beobachten: Während staatliche und privatwirtschaftliche Kräfte die Errichtung mehrerer Wasserkraftwerke in Patagonien verfolgen und diese unter dem Deckmantel der nachhaltigen Entwicklung diskursiv „framen“, gelingt es zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und der lokalen Bevölkerung die negativen Auswirkungen und soziale Schieflage dieses Projekts ins Licht zu rücken und Widerstand zu organisieren. Im Rahmen der staatlichen Ressourcenpolitik werden diese Konflikte ausgetragen und durch Selektionsleistungen bearbeitet.

Matthias Zitterbart hat Politikwissenschaft in Wien studiert. Im Rahmen seines Studiums, Abschluss 2012, hat er ein Erasmus-Auslandsstudium an der Universidad de Cantabria in Santander (Spanien) und einen zweimonatigen Forschungsaufenthalt in Chile absolviert.
Kontakt: a0505486@unet.univie.ac.at